

Wahlen zu einer zweiten Verfassunggebenden Versammlung: Analyse und Perspektiven

von Karl-Heinz Krämer

(Dieser Artikel wurde ursprünglich für die Nepal Information 111 der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft e.V., Köln, geschrieben)

Lange hatte es nicht danach ausgesehen, dass die Wahlen zu einer zweiten Verfassunggebenden Versammlung (VV) tatsächlich stattfinden könnten. Das übliche Machtgerangel der Parteiführer, ihr in vielerlei Hinsicht verfassungswidriges Vorgehen bei der Vorbereitung der Wahlen und nicht zuletzt das Bestreben der linksradikalen CPN-Maoist von Mohan Baidya und 32 verbündeten Parteien, die Wahlen mit jedem erdenklichen Mittel zu verhindern, hatten die Hoffnungen stark gemindert. Dass dann am 19. November doch fast 80 Prozent der registrierten Wähler zur Urne gingen, war sicherlich auch den erheblichen Sicherheitsmaßnahmen der Regierung zu verdanken. Das Aufgebot von mehr als 190.000 Sicherheitskräften führte schließlich auch bei den Boykottparteien zur Erkenntnis, dass ihr Verweigerungsauftrag keine Aussicht auf Erfolg hatte. Fast noch höher zu bewerten ist die Zivilcourage der Bevölkerung, die sich nicht einschüchtern lassen wollte, was auch die sehr hohe Wahlbeteiligung belegt.

Gründe für die Wahl einer VV

Im April 2008 hatten die Bürger Nepals bereits einmal eine VV gewählt. Damals war die Euphorie groß. Im Verlauf der zweiten großen Volksbewegung des Landes (Jana Andolan II) vom April 2006 hatte die zivile Gesellschaft beachtliche Erfolge verzeichnet. Mit ihren massiven Straßenprotesten hatten die Bürger nicht nur die putschende Monarchie in die Schranken verwiesen, sondern auch für ein Ende des maoistischen Aufstands und eine Kooperation aller namhaften Parteien, einschließlich der maoistischen Partei, gedrängt.

In der Folge trat König Gyanendra von seinen Machtambitionen zurück. Der Staat und die Maoisten schlossen im November 2006 ein umfassendes Friedensabkommen, das als Grundlage eines Friedens- und Erneuerungsprozesses dienen sollte. Die Verabschiedung einer Übergangsverfassung, die von Experten aller Parteien ausgearbeitet wurde, die Nominierung eines Übergangsparlaments

(beides am 15. Januar 2007) und ab April 2007 auch die Beteiligung der Maoisten an der von Girija Prasad Koirala geleiteten Übergangsregierung machten Hoffnung, dass Nepal endlich auf einem guten Weg der Erneuerung und eines dauerhaften Friedens war.

Die noch immer gültige Übergangsverfassung sollte die Zeit bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung überbrücken, die von einer gewählten VV erarbeitet werden sollte. Bereits vorgegeben wurden die Abschaffung der Monarchie und die Einführung einer auf Inklusion ausgerichteten föderalen Republik. Trotz der Demokratisierung zu Beginn der 1990er Jahre war Nepal ein zentralistischer Staat geblieben, in dem traditionell dominierende Eliten auch weiterhin Politik, Verwaltung, Justiz, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Medien und größtenteils auch die Wirtschaft kontrollierten.

Diesem Missstand sollte mit der zu schaffenden neuen Verfassung ein Ende gesetzt werden. Damit dies auch von Anfang an gelingen konnte, überlegte man sich ein Wahlsystem, das dafür sorgen sollte, dass alle Gesellschaftsgruppen einigermaßen angemessen an der zu wählenden VV beteiligt wurden. Dieses Wahlsystem ist zweischienig. Es gibt 240 Wahlbezirke, aus denen jeweils ein Vertreter durch das Direktwahlsystem (FPTP, First-Past-The-Post) in die VV gewählt werden soll. Hinsichtlich der Nominierung der Kandidaten werden die Parteien aufgefordert, für eine angemessene Berücksichtigung aller Gesellschaftsgruppen des Landes zu Sorge zu tragen.

Noch konkreter ist die Übergangsverfassung in Bezug auf die 335 nach dem Stimmenanteil der Parteien über Listen zu wählenden Abgeordneten des PR-Systems (Proportional Representation). Hier müssen die Parteien vor der Wahl Kandidatenlisten aufstellen, bei denen die proportionale Zusammensetzung nach Geschlecht und Ethnizität unter Berufung auf die Zahlen des Bevölkerungszensus genau vorgegeben ist. Wie viele Abgeordnete die Parteien über das PR-System in die VV entsenden dürfen, hängt vom Wahlergebnis ab:

Gruppe	männlich	weiblich
Madheshi	15,6%	15,6%
Janajati	18,9%	18,9%
Dalits	6,5%	6,5%
rückständige Gebiete	2,0%	2,0%
Bahun, Chhetri, Thakuri	15,1%	15,1%

Schließlich soll die Regierung 26 weitere Abgeordnete nominieren. Dabei sollen nur herausragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bzw. Vertreter selbst nach dem PR-System nicht berücksichtigter kleinerer ethnischer Gruppen bedacht werden. (Art. 63 (3) c)

Dieses Wahlsystem wird hier so ausführlich geschildert, weil es sowohl im Zusammenhang mit der ersten als auch jetzt noch stärker mit der zweiten VV von den politischen Parteien missbraucht und fehlinterpretiert wurde und wird. Ich werde weiter unter darauf eingehen.

Die erste Verfassunggebende Versammlung (2008-2012)

Die Wahlen zur ersten VV fanden am 10. April 2008 statt. Damals, wie auch heute, wurden die Wahlen von Beobachtern als weitgehend fair und friedlich bezeichnet. Die UCPN-M¹ nahm nach dem von ihr initiierten „Volksaufstand“ erstmals an einer Wahl teil. Ihr überragender Wahlsieg kam für viele überraschend. Dabei gab es eine Reihe von Gründen, die das Ergebnis plausibel machten. Wir werden bei der Analyse des Wahlergebnisses von 2013 sehen, dass die jüngsten Wahlen diesbezüglich Parallelen aufweisen.

Wahlergebnis von 2008

Partei	PR -Stimmen	%	PR-Sitze	FPTP-Sitze	Sitze gesamt
1 Communist Party of Nepal - Maoist	3144204	29.28	100	120	220
2 Nepali Congress	2269883	21.14	73	37	110
3 Communist Party of Nepal - UML	2183370	20.33	70	33	103
4 Madhesi People's Rights Forum, Nepal	678327	6.32	22	30	52
5 Tarai Madhes Loktantrik Party	338930	3.16	11	9	20
6 Rastriya Prajatantra Party	263431	2.45	8		8
7 Communist Party of Nepal (ML)	243545	2.27	8		8
8 Sadbhawana Party	167517	1.56	5	4	9
9 Janamorcha Nepal	164381	1.53	5	2	7
10 Communist Party of Nepal (United)	154968	1.44	5		5
11 Rastriya Prajatantra Party Nepal	110519	1.03	4		4
12 Rastriya Janamorcha	106224	0.99	3	1	4
13 Rastriya Janshakti Party	102147	0.95	3		3
14 Nepal Workers and Peasants Party	74089	0.69	2	2	4
15 Federal Democratic National Forum	71958	0.67	2		2
16 Nepal Sadbhawana Party (Anandidevi)	55671	0.52	2		2
17 Rastriya Janamukti Party	53910	0.50	2		2
20 Nepali Janata Dal	48990	0.46	2		2
18 Communist Party of Nepal (Unified)	48600	0.45	2		2
19 Dalit Janajati Party	40348	0.38	1		1
21 Nepa: Rastriya Party	37757	0.35	1		1
22 Samajwadi Prajatantrik. Janata Party, Nepal	35752	0.33	1		1
23 Chure Bhawar Rastriya Ekata Party Nepal	28575	0.27	1		1
24 Nepal Lokatantrik Samajbadi Dal	25022	0.23	1		1
25 Nepal Pariwar Dal	23512	0.22	1		1
29 andere Parteien	266750	2.48			0
Unabhängige				2	2
nominiert durch Ministerrat			26		26
Total	10739078	100.00	361	240	601

Die großen Verlierer der Wahl von 2008 waren der Nepali Congress (NC) und die CPN-UML², also die beiden dominierenden Parteien des politischen Systems von 1990. Beide Parteien waren für das Scheitern des 1990er Systems stark mitverantwortlich gewesen und hatten dabei sowohl dem maoistischen Aufstand als auch dem späteren königlichen Putsch förmlich Tür und Tor geöffnet. Dies galt ganz besonders für den NC, der, von zwei kleineren Phasen abgesehen, immer die dominierende Regierungspartei gewesen war. Beide Parteien sahen 2008 ihre Niederlage nicht ein und führten sie auf die Einschüchterungspraktiken und Militanz der Maoisten zurück.

Die UCPN-M war mit großen Versprechungen in die Wahl gegangen. Sie hatte sich im Vorfeld der Wahlen wiederholt positiv an die Vereinbarungen mit den anderen Parteien gehalten, was man von letzteren nicht immer sagen konnte, und hatte auch in Bezug auf die Auswahl der Kandidaten die Vorschriften der Verfassung wesentlich besser, wenngleich auch nicht ausreichend, beachtet als die anderen großen Parteien. Schließlich wurde das Wahlergebnis von 2008 auch durch das Direktwahlsystem verzerrt, wenn wir es einmal mit unserem auch oft kritisierten deutschen Wahlsystem vergleichen.

Es wird gerne von einem Scheitern der ersten VV gesprochen. In erster Linie sind aber nicht die in ihr vertretenen und vom Volk gewählten Repräsentanten gescheitert, sondern die Führer der großen Parteien, die im Rahmen ihrer endlosen Machtspiele die Aufgaben der gewählten Abgeordneten an sich gerissen haben. Gleich von Anbeginn an hatten sie die VV wie ein Parlament missbraucht, das nur dazu dienen sollte, eine bestimmte Politik durchzusetzen. Die Rolle als Parlament sollte eigentlich aber nur die zusätzliche Aufgabe der VV sein.

In den ersten knapp zwei Jahren lief die Arbeit der diversen Ausschüsse der VV, die Entwürfe zu unterschiedlichen thematischen Bereichen der Verfassung ausarbeiten sollten, mehr oder weniger unbeachtet im Hintergrund. Bei der Zusammenstellung dieser Komitees hatte man den Inklusionsgedanken der Übergangsverfassung auch noch weitgehend berücksichtigt. Nachdem die Komitees aber Ende 2009/Anfang 2010 ihre Vorschläge fertiggestellt hatten, kam es nie zu einer Diskussion derselben innerhalb des VV. Vielmehr übernahm fortan der wahrlich nicht inklusiv zusammengesetzte Kreis der Spitzenpolitiker der großen Parteien die Diskussion der Verfassungsinhalte, sofern dieses Thema überhaupt einmal Vorrang vor den Machtfragen des Alltags erhielt. Die VV trat bis zu ihrer Auflösung am 27. Mai 2012 nur noch sporadisch zusammen. Meist ging es dann um die Verabschiedung von Gesetzen, die oft erfolglosen Wahlgänge zur Bestimmung eines neuen Premierministers oder die Verlängerung der

Laufzeit der VV.

Der Abschluss des Friedensprozesses und die inhaltliche Diskussion der neuen Verfassung wurden im Prinzip erst nach der Wahl von Baburam Bhattarai zum Premierminister, Ende August 2011, wieder intensiv geführt, allerdings auch jetzt nicht im Rahmen der VV, sondern ausschließlich im Kreis der Spitzenpolitiker. Diese konnten am Ende nicht einmal eine Einigung über die Anzahl der zukünftigen föderalen Provinzen und ihre Namen erzielen. Schließlich erwogen sie allen Ernstes, in ihrem Kreis eine rudimentäre Verfassung zu entwerfen, die von den Abgeordneten der VV unter parteibezogenem Abstimmungszwang nur noch abgenickt werden sollte. Der Sinn der inklusiv zusammengesetzten VV wurde damit völlig ad absurdum geführt.

Vorbereitung der Wahl einer zweiten VV

Da die Parteiführer versäumt hatten, vor der Auflösung der VV alle für die Wahl einer zweiten VV notwendigen Schritte zu legalisieren, stürzte Nepal in eine Legitimationskrise. Ich habe dies in früheren Ausgaben der NI ausführlich analysiert und will hier nur einige wesentliche Schritte nennen, für die sich die Spitzenpolitiker letztlich entschieden haben, um die Wahlen vom November 2013 durchzuführen.

Erneut setzten die Politiker die Lösung von Machtfragen der Bereinigung der Legitimationskrise voran. Vor allem der NC hatte bereits in der chaotischen Schlussphase der ersten VV vergeblich versucht, die Bhattarai-Regierung zu stürzen. Nach der Auflösung der VV war die Partei nicht bereit, über eine Lösung der Legitimationskrise nachzudenken, solange die nur noch kommissarische Bhattarai-Regierung im Amt blieb. Dabei gab es angesichts des fehlenden Parlaments keine legale Möglichkeit, diese Regierung durch eine andere zu ersetzen.

Die Einigung aller großen Parteien auf eine sogenannten Übergangs-Wahlregierung unter Leitung des vorsitzenden Richters des Obersten Gerichtshofs, Khil Raj Regmi, im März 2013 war sicherlich kein verfassungskonformer Schritt, er muss aber rückblickend als akzeptabel bewertet werden, weil er zu Neuwahlen führte. Wermutstropfen bleibt die Tatsache, dass Regmi sich weigerte, von seinem Richteramt zurückzutreten, wie es die Übergangsverfassung verlangt. Natürlich tat er dies deswegen nicht, weil er Angst hatte, seine Pensionsansprüche zu verlieren. Die Verknüpfung von Exekutive und Legislative verletzte jedoch das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung und stellte die Rechtsstaatlichkeit des Landes in Frage. Man muss heute Regmi aber bestätigen, dass er es trotz zeitweise größter Schwierigkeiten geschafft hat, die Wahlen vom 19. November 2013 weitgehend friedlich durchzuführen.

Ein weiterer extrem negativer Schritt war nicht die Schaffung eines High Level Political Committee

(HLPC), sondern dessen Machtanmaßung. Im noch heute bestehenden HLPC sitzen die Parteiführer der drei großen Parteien NC, CPN-UML und UCPN-M sowie des nun eigentlich nicht mehr existenten Tarai-Bündnisses UDMF (United Democratic Madhesi Front). Dieses HLPC entschied nicht nur über den genannten Regierungswechsel, sondern es maßte sich auch das Weisungsrecht gegenüber der neu eingesetzten Regmi-Regierung an.

Der Widerstand der CPN-M und ihrer 32 Boykottpartner knüpfte namentlich an der Legitimationsfrage von HLPC und Regmi-Regierung an. In Wirklichkeit ging es für Mohan Baidya, den Vorsitzenden der CPN-M, auch darum, dass er an den Vorgängen und Entscheidungsprozessen nicht beteiligt wurde, obgleich er seine Partei doch auch als eine der großen ansah.

Wahlbeteiligung und Wahlausgang

Allgemein hatten viele bei den Wahlen im November 2013 mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen der drei großen Parteien NC, CPN-UML und UCPN-

M gerechnet, wobei der Wahlausgang als völlig offen angesehen wurde. Wie schon 2008, so kam die Deutlichkeit des Wahlergebnisses von 2013 dann doch überraschend. Waren 2008 die dominierenden Parteien des 1990er Systems von dem Wahlergebnis konsterniert, mit welchem sie neben der damals alles überragenden UCPN-M quasi zu Statisten degradiert wurden, so war das Ergebnis diesmal genau umgekehrt.

Ganz offensichtlich waren die Wähler von jener Partei, die 2008 so vieles versprochen und danach aber auch so gut wie gar nichts umgesetzt hatte, maßlos enttäuscht und gaben diesmal ihr Vertrauen wieder jenen Parteien, die sie 2008 mit ihrem Wahlverhalten abgestraft hatten. Beide Vorgänge kann man auf den ersten Blick als demokratische Vorgänge bezeichnen und den Wählern ein großes Maß an Demokratiefähigkeit bestätigen. Eine etwas kritischere Betrachtung der Wahl und des Wahlergebnisses wird jedoch zeigen, dass die Dinge nicht so einfach liegen, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen.

Wahlbeteiligung und gültige Stimmen 2013 und 2008 im Vergleich

	FPTP		PR	
	2013	2008	2013	2008
registrierte Wähler	12.147.865	17.611.832	12.147.865	17.611.832
abgegebene Stimmen	9.516.734	10.866.131	9.776.703	11.146.540
in %	78,34	61,70	80,48	63,29
gültige Stimmen	9.044.907	10.306.120	312.841	10.739.078
in %	95,04	94,85	96,80	96,34
ungültige Stimmen	471.826	560.011	312.841	407.462
in %	4,96	5,15	3,20	3,66

Da sind zunächst die Zahl der registrierten Wähler und die Wahlbeteiligung zu nennen. Völlig unbegreiflich ist, dass es 2013 knapp 5,5 Millionen weniger registrierte Wahlberechtigte gab als 2008. Nepal hat nach wie vor ein hohes jährliches Bevölkerungswachstum. Dieser dramatische Rückgang kann auch nicht mit der Zunahme der Arbeitsmigranten erklärt werden. Nach dem Zensus von 2011 lag die Zahl der Menschen im wahlberechtigten Alter bereits bei über 15 Millionen. Diese Zahl legt allerdings auch Zweifel an der 2008 registrierten Zahl der Wahlberechtigten nahe.

Nepal bietet nach wie vor nur wenige Arbeitsmöglichkeiten für die immer größer werdende Zahl Arbeit suchender junger Menschen. Ihnen bleibt nur die Arbeitsmigration ins Ausland. Diese Millionen junger Nepali werden durch das nepalische Wahlrecht von einer Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen, wenn sie nicht gerade auf Heimaturlaub sind oder die Mühe auf sich nehmen, aus angrenzenden indischen Gebieten extra zur Wahl nach Hause zu reisen. Durch diesen Ausschluss eines Großteils der jungen und politisch

besonders engagierten Generation wird das Wahlergebnis definitiv verfälscht.

Schließlich muss auch noch erwähnt werden, dass viele Menschen in Nepal noch immer nicht über gültige Staatsangehörigkeitspapiere verfügen und aus diesem Grund ebenfalls von den Wahlen ausgeschlossen werden. Betroffen sind hierbei insbesondere Menschen aus entlegenen ländlichen Regionen, vor allem aus dem Tarai, also gerade jene Bevölkerungsgruppen, die besonders an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beteiligt werden sollten. Faire Wahlen sehen anders aus.

Die Tabelle zur Wahlbeteiligung macht auch noch einen anderen interessanten Aspekt deutlich. Sowohl 2008 als auch 2013 haben sich mehr Menschen an der Wahl über das PR-System beteiligt als über das Direktwahlsystem. Dies spricht dafür, dass sie der proportionalen Repräsentation einen höheren Stellenwert beimessen als der Wahl von Direktkandidaten, die zu über 95 Prozent männlichen Geschlechts und überwiegend der traditionellen politischen Elite zuzuordnen sind.

Bezeichnenderweise ist auch die Zahl der ungültigen Stimmen beim PR-System geringer als beim Direktwahlverfahren. Ungültige Stimmen kann man ja auch absichtlich herbeiführen, wenn man mit keinem der aufgeführten Kandidaten einverstanden ist. Der Oberste Gerichtshof hat gerade entschieden, dass in Zukunft auch eine Negativwahl möglich sein muss, d.h. die Wähler können dann ankreuzen, dass sie mit keinem der aufgeführten Kandidaten einverstanden sind.

Analyse des Wahlergebnisses

Vieles von dem, was schon oben zu den Wahlen von 2008 angeführt wurde, wiederholte sich 2013,

nur mit veränderter Reihenfolge der führenden Parteien. Beschränkt man sich auf die abstrakten Zahlen, so sind diesmal die beiden Parteien, die eine große Verantwortung für das Scheitern des politischen Systems von 1990 hatten, also NC und CPN-UML, zurück an die Macht gewählt worden. Vertreter und Anhänger dieser beiden Parteien versuchen, das Ergebnis dahingehend zu deuten, dass Aspekte von Inklusion, Ethnizität, Identität und Föderalismus, die 2008 wesentlich zum Wahlerfolg der UCPN-M beigetragen hatten, für die Wähler nun von untergeordneter Bedeutung sind. Die Wahrheit ist erheblich vielschichtiger, wie die nachfolgende Analyse aufzuzeigen versucht.

Wahlergebnis vom 19. November 2013

Partei	PR			FPTP			Gesamtsitze	
	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%	Sitze	Anzahl	%
Nepali Congress (NC)	2.418.370	25,55	91	2.694.983	29,80	105	196	34,09
CPN-Unified Marxist-Leninist (CPN-UML)	2.239.609	23,66	84	2.492.090	27,55	91	175	30,43
UCPN-Maoist (UCPN-M)	1.439.726	15,21	54	1.609.145	17,79	26	80	13,91
Rastriya Prajatantra Party-Nepal (RPP-N)	630.697	6,66	24	252.579	2,79		24	4,17
Madheshi Peoples Rights Forum-Democratic (MPRF-D)	274.987	2,91	10	283.468	3,13	4	14	2,43
Rastriya Prajatantra Party (RPP)	260.234	2,75	10	238.313	2,63	3	13	2,26
Tarai Madhesh Loktantrik Party (TMLP)	181.140	1,91	7	171.889	1,90	4	11	1,91
Madheshi Peoples Rights Forum-Nepal (MPRF-N)	214.319	2,26	8	206.110	2,28	2	10	1,74
Sadbhavana Party	133.271	1,41	5	140.930	1,56	1	6	1,04
CPN (Marxist-Leninist) (CPN-ML)	130.300	1,38	5	98.091	1,08		5	0,87
Sanghiya Samajvadi Party (SSP)	121.274	1,28	5	108.683	1,20		5	0,87
Nepal Majdur Kisan Party (NMKP)	66.778	0,71	3	54.323	0,60	1	4	0,70
Rastriya Jana Morcha (RJM)	92.387	0,98	3	66.666	0,74		3	0,52
CPN-United	91.997	0,97	3	24.808	0,27		3	0,52
Rastriya Madhesh Samajvadi Party	79.508	0,84	3	76.392	0,84		3	0,52
Tarai Madhesh Sadbhavana Party	62.746	0,66	2	65.049	0,72	1	3	0,52
Rastriya Janamukti Party	63.834	0,67	2	39.362	0,44		2	0,35
Tharuhat Tarai Party Nepal	62.526	0,66	2	38.972	0,43		2	0,35
Nepal Pariwar Dal	51.823	0,55	2	14.546	0,16		2	0,35
Dalit Janajati Party	48.802	0,52	2	33.517	0,37		2	0,35
Akhanda Nepal Party	36.883	0,39	1	12.590	0,14		1	0,17
Madheshi Peoples Rights Forum-Republican (MPRF-R)	33.982	0,36	1	35.289	0,39		1	0,17
Nepali Janata Dal	33.203	0,35	1	6.716	0,07		1	0,17
Khambuwan Rastriya Morcha, Nepal	30.686	0,32	1	6.451	0,07		1	0,17
Nepa: Rastriya Party	28.011	0,30	1	9.377	0,10		1	0,17
Janajagaran Party Nepal	27.397	0,29	1	3.510	0,04		1	0,17
Sanghiya Sadbhavana Party	25.215	0,27	1	20.395	0,23		1	0,17
Madhesh Samata Party Nepal	23.001	0,24	1	8.130	0,09		1	0,17
Samajvadi Janata Party	21.624	0,23	1	4.661	0,05		1	0,17

Sanghiya Loktantrik Rastriya Manch (Tharuhat)	21.128	0,22	1	4.622	0,05	1	0,17
92 andere Parteien	518.404	5,48	0	115.487	1,28	0	0,00
Unabhängige				107.764	1,19	2	0,35
Summe	9.463.862	100,00	335	9.044.908	100,00	240	575 100,00

Als erstes fällt die hohe Zahl der an den Wahlen beteiligten Parteien ins Auge, nämlich 122. 2008 waren es nur 54 Parteien, was auch schon viel zu viele waren. Dabei hatten diesmal weitere 33 Parteien die Wahlen boykottiert. Wie schon 2008, so erhielten auch diesmal nur wenige Parteien eine reale Chance auf ein größeres Mitspracherecht in der auch als Parlament vorgesehenen zweiten VV. Das sind zum einen die drei großen nationalen Parteien NC, CPN-UML und UCPN-M. Daneben sind die beiden konservativen Parteien, die RPP (Rastriya Prajatantra Party oder National Democratic Party) und die von ihr abgespaltene, auf Monarchie und Hindustaat ausgerichtete RPP-Nepal, zu nennen. Schließlich gibt es neben einigen kleineren linken Parteien noch eine Reihe ethnischer und regionaler Parteien, deren Anzahl sich unter anderem durch diverse Spaltungen seit den letzten Wahlen erheblich vergrößert hat. Letztere haben sich noch mehr als 2008 die Stimmen gegenseitig weggenommen, was ihren eigentlich gemeinsamen Anliegen definitiv schadet. 92 Parteien haben überhaupt keinen Sitz erringen können.

Dann fällt auf, dass die Wähler im Direktwahlsystem wesentlich stärker für Kandidaten der drei großen Parteien gestimmt haben. Dies legt nahe, dass sich viele Wähler bewusst waren, dass die Kandidaten kleinerer Parteien unter diesem System keine Chance haben würden. Wie schon 2008, so besagt daher auch diesmal der prozentuale Anteil an gewonnenen Direktmandaten nur in eingeschränktem Maße, wie hoch die Zustimmung der Wähler zu einer bestimmten Partei ist. 2008 hatte beispielsweise die UCPN-M 50 Prozent aller Direktmandate erringen können, nach dem PR-System erhielt sie aber nur knapp 30 Prozent der Stimmen.

Ähnlich ist es auch bei diesen Wahlen. Der Unterschied ist lediglich, dass es 2008 nur einen klaren Sieger gab und die beiden anderen großen Parteien weit abgeschlagen landeten, während sich 2013 die Verlierer von damals ein Kopf-an-Kopf-Rennen lieferten und die UCPN-M abgeschlagener Dritter wurde. Die beiden führenden Parteien haben diesmal dank des Direktwahlsystems 64,5 Prozent aller Gesamtsitze errungen, d.h. eine knappe Zweidrittelmehrheit. Letztere wäre wichtig für die Abstimmung einer möglichen neuen Verfassung. Bei dieser Überlegung ist aber auch zu bedenken, dass die beiden Siegerparteien keine großen Gemeinsamkeiten haben. Außerdem sind beide intern in jeweils mindestens drei Lager gespalten, deren Hauptaugenmerk, wie immer in

der nepalischen Politik, der Wahrung von Machtinteressen dient.

Inwieweit die Programme der Parteien – sofern solche überhaupt klar zum Ausdruck gebracht wurden – Zustimmung erhalten haben, ist folglich nur über die Stimmen des PR-Systems erkennbar. Nach diesem PR-System haben die beiden führenden Parteien gemeinsam eine absolute Mehrheit der Stimmen knapp verfehlt. Der siegreiche NC wurde beispielsweise nur von jedem vierten Wähler als Partei gewählt. Die Situation heute unterscheidet sich also gar nicht so sehr von der von 2008. Damals wie heute bedarf es einer engen Kooperation aller drei großen Parteien, wenn die zweite VV tatsächlich eine neue Verfassung ausarbeiten soll.

Auch einige der kleineren Parteien in der neuen Versammlung sollen kurz angesprochen werden. Da ist zunächst die RPP-Nepal von Kamal Thapa zu nennen, die sich im Vorfeld der Wahlen auf einer Höhe mit den drei großen Parteien wähnte und fest an einen Sieg glaubte. Unter dem FPTP-System erhielt die in fast allen Wahlbezirken angetretene Partei lediglich knapp 2,8 Prozent der Stimmen, womit sie nicht ein einziges Direktmandat erringen konnte. Unter dem PR-System belegte die RPP-Nepal mit rund 6,6 Prozent der Stimmen den vierten Platz, was ihr 24 Sitze in der VV einbrachte. Diese machen nur gut 4 Prozent aller Sitze aus, so dass man die Partei beruhigt der Rubrik „unbedeutend“ zuordnen kann.

Die RPP-Nepal ist die einzige Partei in der neuen VV, die eine Rückkehr zu Monarchie und Hindustaat befürwortet und, als Konsequenz daraus, ein föderales Staatswesen anstelle des derzeitigen zentralistischen Staates ablehnt. Nach dem für ihn enttäuschenden Abschneiden bei der Wahl signalisierte Kamal Thapa eine gewisse Kompromissbereitschaft in Bezug auf die genannten Themen. Besonders radikale Führer der Partei versuchten daher Ende Dezember, die Partei zu spalten. Als Vorwand wurde Unzufriedenheit mit der Liste der PR-Nominierungen vorgegeben. Als sich die Wahlkommission weigerte, die abgespaltene Gruppe als eigenständige Partei anzuerkennen, wurde der Spaltungsversuch zurückgenommen. Inzwischen ist aber auch Kamal Thapa zu seinen konservativen Hardliner-Parolen zurückgekehrt.

Nach der Auflösung der ersten VV, die in der Endphase insbesondere über die Form des föderalen Staatswesens scheiterte, waren viele

Politiker von NC und CPN-UML, die ethnischen Gruppen angehören, aus ihren Parteien ausgetreten. Es kam in dieser Phase zur Gründung einiger ethnisch orientierter Parteien, von denen sich die Sanghiya Samajvadi Party (Federal Socialist Party) die größten Hoffnungen auf ein erfolgreiches Abschneiden bei den Wahlen machte. Dabei handelt es sich um eine größere Anzahl von UML-Politikern, die unter Führung von Ashok Rai aus der CPN-UML ausgetreten sind.

Die Sanghiya Samajvadi Party ist eine von insgesamt 13 Janajati-Parteien¹, die bei den Wahlen miteinander konkurriert haben, obgleich sie im Kern das gleiche Anliegen haben: eine angemessene Beteiligung der Angehörigen ethnischer Gruppen (Janajati) und eine Berücksichtigung ihrer Anliegen in der neuen Verfassung. Da die ethnischen Gruppen fast 40 Prozent der Gesamtbevölkerung Nepals ausmachen, kann die Konkurrenz der diversen Janajati-Parteien allein aber nicht der Grund für das schlechte Abschneiden gewesen sein. Eine weitere Ursache mag die Popularität der großen Parteien gewesen sein, in der sich noch immer zahlreiche Menschen aus ethnischen Gruppen engagieren, wenngleich überwiegend auf mittlerer und unterer Ebene.

Ein weiterer Grund kann die Haltung der Janajati-Gruppen zum anzustrebenden föderalen System gewesen sein. Sie hätten vermutlich eine bessere Chance, wenn sie den überwiegend ablehnenden und von Unkenntnis geprägten Vorstellungen der großen Parteien mit größerer Rationalität begegneten. Die Schaffung von einzelnen ethnischen Gruppen ausgerichteter föderaler Provinzen, wie viele Janajati-Führer sie fordern, machen in einem Staat, dessen gesamtes Territorium multiethnisch besiedelt ist, wenig Sinn. Ein sinnvoller Kompromiss könnte auf multiethnische Teilstaaten hinauslaufen, die in etwa den traditionellen Siedlungsgebieten größerer ethnischer Gruppen entsprechen und auch nach ihnen benannt werden. In ihnen sollten die ethnischen Gemeinschaften besondere kulturelle, politische und wirtschaftliche Rechte genießen wie die Nutzung, Pflege und die besondere Stellung ihrer ethnischen Sprachen oder eine angemessene Beteiligung in der Verwaltung. Von einem solchen dringend notwendigen Prozess sind sowohl die großen Parteien als auch die Janajati-Parteien noch weit entfernt.

Was zu den Janajati-Parteien geschrieben wurde, gilt auch für die Madhesi-Parteien des Tarai. 2008 waren nur fünf dieser Parteien angetreten und sorgten dafür, dass die Madhesi-Bevölkerung noch stärker in der ersten VV repräsentiert war, als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung vorgab. Vor den Wahlen von 2013 war es zu zahlreichen Spaltungen und Neugründungen von Madhesi-Parteien gekommen, so dass am 19. November 17 dieser Parteien² gegeneinander antraten. Die Folge waren erheblich weniger gewählte

Direktkandidaten als 2008. Auch über das PR-System waren diese Parteien weniger erfolgreich. Zum Teil mag dieser Negativtrend auch auf die schlechte Politik der Madhesi-Parteien in der ersten VV zurückzuführen sein. Zuletzt war das große Madhesi-Bündnis der UDMF Partner der Bhattarai-Regierung gewesen, also zu einer Zeit, als die VV letztlich scheiterte.

Wie aber konnte es zu dem großen Absturz der UCPN-M kommen? Da ist sicherlich als erstes die große Enttäuschung der Wähler angesichts der unrühmlichen Rolle der Partei in der ersten VV zu nennen. Die UCPN-M hatte 2008 mit ihren Versprechungen große Hoffnungen geweckt. Davon konnte sie aber so gut wie nichts umsetzen. Trotz ihrer großen relativen Mehrheit in der VV, musste die Partei immer wieder zurückstecken, wenn sie versuchte, einige ihrer Vorschläge durchzusetzen. Zum Teil mag dies mit der Unerfahrenheit ihrer Spitzenpolitiker im politischen Alltagsgeschäft zusammenhängen, zum Teil aber auch mit der Hartnäckigkeit der politischen Gegner, die oft ihre Politik weniger an den Notwendigkeiten als an strikter Opposition gegen alle Vorschläge der UCPN-M ausrichteten. Seltsamerweise war die Partei im Wahlkampf 2013 nicht in der Lage, diesen Aspekt dem Wähler zu vermitteln.

Ein weiterer Grund ist die immer noch mangelnde Distanz der UCPN-M zur Gewalt und ihr Eintreten für eine völlige Straffreiheit für Verbrechen, die in der Zeit des maoistischen Aufstands begangen wurden. Dabei unterscheidet sich die Partei mit letzterer Haltung gar nicht so sehr von NC und CPN-UML, die wegen ihrer damaligen politischen Verantwortung für die Verbrechen der staatlichen Kräfte ebenfalls nicht an Gerechtigkeit für die Opfer der Gewalt interessiert sind, zumal letztere zu einem Großteil von den Sicherheitskräften des Staates ausging.

Über viele Jahre hatte die UCPN-M vorgegeben, sich für die Belange und Interessen der benachteiligten und ausgegrenzten Gesellschaftsgruppen einzusetzen. Dem ließ sie nach der Machtaufgabe der Monarchie zunächst auch Taten folgen. Als sie am 15. Januar 2007 in das neu gebildete Übergangsparlament einrückte, waren 40 Prozent ihrer nominierten Abgeordneten Frauen. Auch zu den Wahlen von 2008 stellte die UCPN-M deutlich mehr Frauen auf als die beiden anderen großen Parteien. 24 ihrer 43 weiblichen Direktkandidaten wurden dann auch gewählt. Ähnlich verhielt es sich mit Kandidaten aus dem Bereich der Janajati und der Dalits. 2013 passte sich die Partei diesbezüglich den anderen an, die ihrerseits die ohnehin schon geringe Zahl von Kandidaten aus den traditionell ausgegrenzten Gesellschaftsgruppen noch mehr reduzierten.

Schon in den späten 1990er Jahren hatte die UCPN-M die Forderungen der Janajati-Organisationen zur Schaffung eines föderalen Staates übernommen. Dies machte die Partei auch

in der ersten VV über längere Zeit deutlich. In der chaotischen Schlussphase der VV aber wurde klar, dass die Führer der UCPN-M die Anliegen und Forderungen der ethnischen Gruppen nicht wirklich verstanden hatten. Als NC und CPN-UML immer stärker gegen einen ethnisch orientierten Föderalismus opponierten, knickte die UCPN-M ein weiteres Mal ein und akzeptierte Veränderungen des Grenzverlaufs der geplanten föderalen Provinzen, die dazu geführt hätten, den Anteil größerer ethnischer Gruppen an diesen Provinzen zu reduzieren. Das damalige Vorgehen der hochkastigen Führer der drei großen Parteien erinnerte allzu sehr an das Vorgehen König Mahendras beim Aufbau des Panchayat-Systems zu Beginn der 1960er Jahre, als er bei der Einführung der heutigen 75 Distrikte bewusst ethnische Siedlungsgebiete zerschnitt.

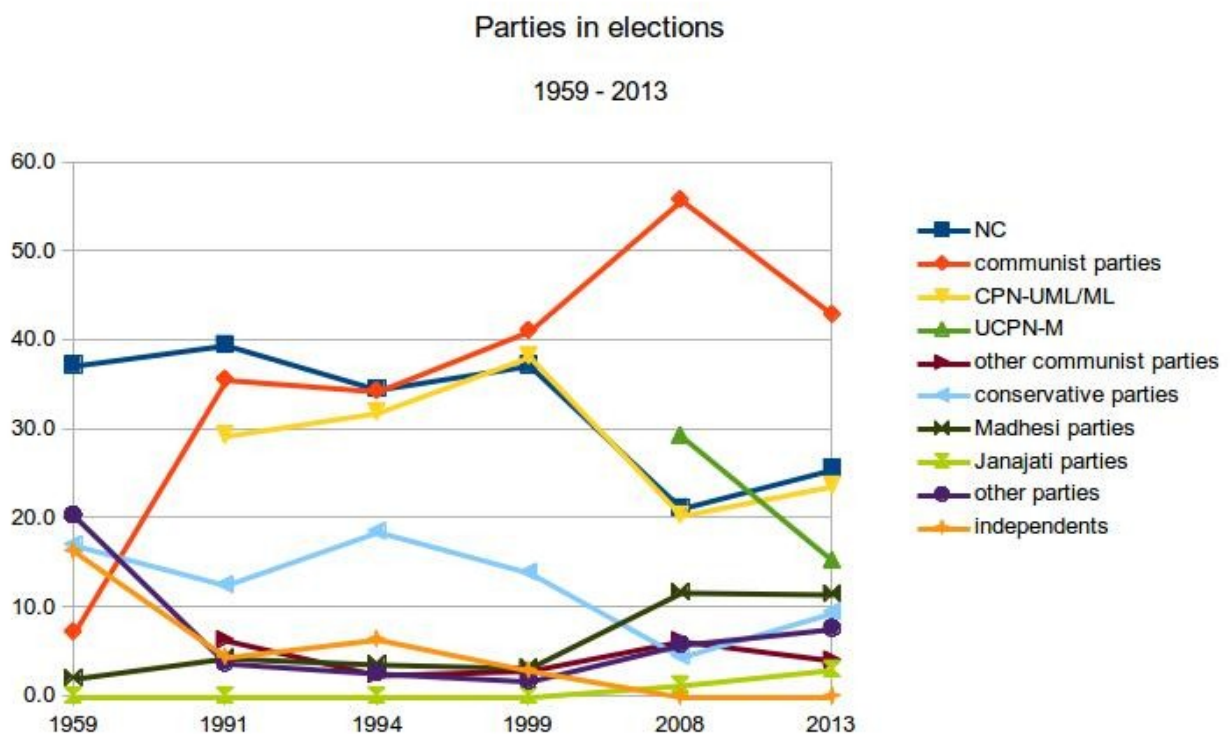
Schließlich ist auch noch der aus maoistischer Sicht gescheiterte Integrationsprozess der einstigen Partisanenkämpfer zu nennen. Das umfassende Friedensabkommen vom November 2006 zwischen der UCPN-M und dem Staat, das die Grundlage für diese Integration darstellte, sah keine zahlenmäßige Beschränkung der zu integrierenden Kämpfer vor. Diese wurde erst später von der Armeeführung und dem NC zum Thema gemacht. Die Stellung der UCPN-M wurde auch dadurch geschwächt, dass die Partei 2006 die Zahl ihrer Kämpfer künstlich in die Höhe

getrieben hatte. Dass am Ende nur ganz wenige Kämpfer eine Abfindung erhielten beziehungsweise in die Armee integriert wurden verstärkte die innerparteiliche Unzufriedenheit weiter.

Dies nutzte der radikale Flügel der Partei um Mohan Baidya immer stärker. Schon in der Zeit der von seinem Parteigenossen Baburam Bhattarai geleiteten Regierung betrieb Baidya eine zunehmend offene Oppositionspolitik. Nach der Auflösung der VV spaltete Baidya die Partei und gründete im Juni 2012 die CPN-M. Wiederholt drohte er mit einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfs, wenngleich ihm hierzu die Mittel fehlten. Die Kooperation der UCPN-M mit NC und CPN-UML unter dem Deckmantel des HLPC verstärkte Baidyas Opposition weiter. Als sich zeigte, dass das HLPC es ernst meinte mit Neuwahlen, versuchte Baidya es zunächst mit sachlicher Kritik am verfassungswidrigen Vorgehen von HLPC und Regmi-Regierung. Als dies nichts nutzte, rief er zu einem Boykott der Novemberwahlen auf.

All dies ließ die UCPN-M als eine Partei da stehen, die offensichtlich nicht das Vertrauen der Wähler gewinnen konnte. Es ist schwierig zu beurteilen, in welchem Umfang die Spaltung der Partei und der Boykottaufruf Baidyas das Ergebnis für die UCPN-M negativ beeinflusst hat. Es ist aber zu vermuten, dass dies erheblich war.

Die Parteien im historischen Trend



All diese Fehler der UCPN-M erklären aber nicht das Wiedererstarken von NC und CPN-UML. Vor 1990 war der NC die Partei gewesen, mit der „Demokratie“ in Nepal identifiziert wurde. Seit 1990 aber hat sich abgezeichnet, dass die Partei von Wahl zu Wahl Boden an die linken, kommunistischen Parteien verlor. Nur eine interne Spaltung verhinderte, dass die stärkste dieser linken Parteien, die CPN-UML, bereits 1999 eine absolute Mehrheit der Sitze erringen konnte.

2008 setzte sich der Niedergang des NC dann wegen des Wahlerfolgs der UCPN-M in dramatischer Weise fort. Die obige Graphik zeigt, dass sich der NC trotz des jetzigen Wahlerfolgs nur leicht erholt hat. Noch immer dominieren ganz deutlich die kommunistischen Parteien. Deren Problem ist, dass es so viele von ihnen gibt. Auch die CPN-UML kann bei weitem nicht an ihre Stärke unter dem 1990er System anknüpfen. Dazu ist die Konkurrenz durch die UCPN-M trotz deren Wahlniederlage einfach zu groß.

Bei den konservativen Parteien sind in der Graphik RPP und RPP-Nepal zusammengefasst. Letztere spaltete sich erst 2012 von der Mutterpartei ab. Diese war 1991 das Sammelbecken für führende Politiker des abgeschafften königlichen Panchayat-Systems gewesen. Nach der Abschaffung der Monarchie erlebte die Partei 2008 einen dramatischen Einbruch, von dem sie sich auch 2013 nur leicht erholt hat.

Perspektiven der zweiten VV

Inzwischen sind fast drei Monate seit den Wahlen vergangen. Was zu befürchten war, ist längst Gewissheit geworden. Die Politiker zeigten, dass sie nichts gelernt haben. Sie betrachteten die Wahlen ganz offensichtlich in erster Linie als eine neue Legitimation zur Fortsetzung ihrer Machtkämpfe. Nach der Missachtung der Übergangsverfassung bei der Aufstellung der FPTP-Kandidaten, versuchten die männlichen hochkastigen Parteiführer, auch das PR-System zu unterwandern. Zwar waren sie an die Beachtung der zahlenmäßig korrekten Zusammensetzung ihrer PR-Vertreter nach Gesellschaftsgruppen gebunden, aber sie machten allesamt die letztliche Nominierung von der jeweiligen Zugehörigkeit zur Anhängerschaft der Hauptführer der Parteien abhängig. In einigen Parteien feilschten die Parteiführer ganz offen darüber, wie viele ihrer Leute sie jeweils in die VV schicken durften.

Das eigentliche Anliegen der PR-Wahl, die repräsentative Beteiligung aller Gesellschaftsgruppen an der Ausarbeitung der Verfassung, blieb dabei völlig auf der Strecke. Vielmehr verlangten die Parteiführer von jeder zu nominierenden Person, dass sie zusicherte, in der VV ausschließlich im Sinne der Parteiführung abzustimmen und somit die Interessen ihrer Gesellschaftsgruppen zurückzustellen. Damit sind wir genau bei der Situation, die wir schon einmal

zum Ende der ersten VV hatten, nur wird diese Fehlinterpretation gleich von Anfang an von den Parteien festgeschrieben. Außerdem ist die Situation jetzt so, dass viele Distrikte kaum über die PR-Listen vertreten sind, während andere Distrikte eine große Gruppe entsenden. Auch das ist nicht Sinn des inklusiven Gedankens der VV. Manche Parteiführer plädieren inzwischen mit Blick auf die Zukunft allen Ernstes für eine Abschaffung des PR-Systems, weil dieses versagt habe. Sollte sich die traditionelle männliche Elite mit diesem Ansinnen durchsetzen, würde der Gedanke der Inklusion endgültig zu Grabe getragen. Das PR-System bedarf sicherlich diverser Verbesserungen, aber abschaffen sollte man allenfalls das FPTP-System, das zumindest vor dem Missbrauch durch die Parteiführer geschützt werden muss.

Der Zank über die endgültige Nominierung der PR-Vertreter führte zu mehreren Fristverschiebungen durch die Wahlkommission. Als die Listen dann Ende Dezember 2013 endlich vorlagen, fanden die Parteiführer neue Streitobjekte, wobei auch Präsident Ram Baran Yadav, bekanntlich ein Mann des NC, kräftig mitmischte.

Zunächst entbrannte ein Streit darüber, ob auch der Präsident nach dem Zusammentreten der zweiten VV neu gewählt werden müsste. Der NC und Yadav sahen hierzu keinen Grund. Für sie war der Präsident von der ersten VV gewählt worden und sollte bis nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung im Amt bleiben. Die Übergangsverfassung sieht allerdings auch keine Auflösung und Neuwahl der VV vor. Wenn man also bereits 2012 dem von der ersten VV gewählten Premierminister die Legitimation absprach, nach der Auflösung der VV kommissarisch im Amt zu bleiben, dann hatte natürlich auch Yadav seine Legitimation als Präsident mit der Auflösung der VV verloren.

Eigentlich sollte eine Neuwahl des Präsidenten also gar keine große Sache sein. Aber es geht gar nicht um die Person Yadavs, der in seiner Amtszeit sicherlich einige Fehler begangen hat, deswegen aber nicht unbedingt als schlechter Präsident eingestuft werden muss. Vielmehr geht es hier um personelle Machtfragen der Parteien. Der NC erhebt natürlich als stärkste Partei Anspruch auf das Amt des Premierministers. Wenn der Präsident nicht neu gewählt würde, hätte die Partei gleich beide führenden Staatsämter inne. Das aber passte der fast gleichstarken CPN-UML nicht, die daher vorschlug, das Präsidentenamt mit einem UML-Politiker zu besetzen; damit auch die drittstärkste Partei ruhig gestellt würde, sollte die UCPN-M das Amt des VV-Vorsitzenden zugesprochen bekommen.

Auch an einem zweiten großen Streitpunkt war Präsident Yadav beteiligt. Laut Übergangsverfassung war die erste Sitzung der VV vom Regierungschef einzuberufen, also von Khil

Raj Regmi. Yadav und sein NC aber vertraten die Meinung, diese Aufgabe stehe in allen demokratischen Staaten dem Präsidenten zu. Dies mag ja sein, aber die Übergangsverfassung wurde nicht geändert und der Gerichtspräsident in Person des Regierungschefs beharrte auf seinem von der Verfassung garantierten Recht. Wieder zog sich der Streit über viele Tage hin und landete schließlich vor dem Obersten Gerichtshof, ehe Yadav nach einem Gespräch mit Regmi nachgab, wobei er jedoch seinen Rechtsstandpunkt weiter deutlich machte.

Ein dritter Punkt, der zu einer weiteren Verzögerung der Verfassungsarbeit führen könnte, ist die Nominierung von 26 weiteren Abgeordneten durch die Regierung. Regmi rief die erste Sitzung der VV für den 22. Januar 2014 ein und machte keine Anstalten, die 26 fehlenden Abgeordneten noch zu benennen. Auch bis zur Wahl eines neuen Premierministers, die am 10. Februar erfolgte, waren die fehlenden Abgeordneten noch nicht nominiert. Diese Missachtung der Übergangsverfassung könnte entscheidende Auswirkungen auf die Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen haben.

Dabei hätte eine rechtzeitige verfassungskonforme Nominierung durch Regmi viele von den Parteiführern herbeigeführten Unzulänglichkeiten der Zusammensetzung der VV abmildern können. 39 ethnische Gruppen des Landes sind bisher überhaupt nicht in der VV vertreten. In jedem Fall hätte so einem weiteren Missbrauch durch die Parteiführer Vorbeuge geleistet werden können. Diese diskutieren nämlich schon seit Monaten, wie sie die 26 Stellen besetzen wollen. Zu den Vorschlägen gehörte beispielsweise eine so absurde Idee wie eine Reservierung von Sitzen für die Baidya-Gruppe, die aber doch mit ihrem Wahlboykott klar gemacht hat, dass sie gar nicht beteiligt werden will. Andere Vorschläge liefen darauf hinaus, dass die Sitze, wie es auch schon 2008 verfassungswidrig geschah, unter den großen Parteien entsprechend ihrem Wahlergebnis aufgeteilt werden. Selbst die Veto-Partei von Kamal Thapa bekundete, dass auch sie an dieser Postenvergabe beteiligt werden wollte.

Auch nach dem ersten Zusammentreten der VV gingen die Machtkämpfe weiter. Der genannte Streit um die Neuwahl des Präsidenten war nur ein Punkt. Noch schwieriger gestaltete sich die Wahl und Zusammensetzung einer neuen Regierung. Die ohnehin unrealistische Bildung einer Konsensregierung, d.h. einer Regierung mit allen in der VV vertretenen Parteien, wurde nach wenigen Tagen verworfen. Der NC bemühte sich danach als stärkste Partei, eine Mehrheitsregierung zu bilden, wozu man mit einer Beteiligung der CPN-UML rechnete. Diese trat zunächst jedoch für eine Konsensregierung ein, an der auch die UCPN-M beteiligt werden sollte. Letztere weiß bisher nicht, ob sie sich ggf. beteiligen oder in der Opposition bleiben soll. Die

UCPN-M macht zur Zeit heftige interne Struktur- und Machtkämpfe durch, die mit dem schlechten Abschneiden bei der Wahl zusammenhängen. Anders als NC und CPN-UML 2008 sucht man aber inzwischen die Fehler bei sich selbst.

Die Wahl eines Fraktionsvorsitzenden sorgte bei allen großen Parteien für weitere tagelange Verzögerungen. NC und CPN-UML konnten diese nur durch KampfAbstimmungen bestimmen, welche die interne Zerrissenheit der beiden Parteien erneut deutlich machten. Beim NC konnte sich Sushil Koirala schließlich mit 105:89 Stimmen gegen Sher Bahadur Deuba durchsetzen; eine gemeinsame Linie hat man aber auch danach nicht so richtig gefunden. Noch länger dauerte es bei der CPN-UML, wo zunächst vier Parteiführer Interesse bekundet hatten. Am Ende setzte sich der erzkonservative Krishna Prasad Sharma Oli mit 98:75 Stimmen gegen den Parteivorsitzenden Jhala Nath Khanal durch. Bei der dritten der großen Parteien, der UCPN-M sah sich der Parteivorsitzende Pushpa Kamal Dahal massiver Kritik ob des schlechten Wahlergebnisses ausgesetzt, wurde letztlich aber doch als Fraktionsvorsitzender nominiert.

Erst wenige Stunden vor Ablauf der Nominierungsfrist für einen Premierminister-Kandidaten konnten sich NC und CPN-UML auf ein Regierungsbündnis einigen. Im Prinzip hat sich der NC mit seinen Forderungen fast vollständig durchgesetzt. Obgleich nur von jedem vierten Wähler gewählt, wird die Partei an allen Schalthebeln der Macht sitzen. Auch der amtierende Präsident und sein Stellvertreter sollen im Amt bleiben, bis eine neue Verfassung verabschiedet ist. Eine Neuwahl des Präsidenten mit einem Politiker des UML als Amtsträger aber war eigentlich die Mindestforderung der Partei gewesen. Allerdings soll das Vorgehen in Bezug auf Präsident und Vizepräsident durch eine Verfassungsänderung abgesegnet werden, was nach Artikel 148 der Übergangsverfassung eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten voraussetzt. Über eine solche verfügen aber NC und CPN-UML auch gemeinsam nicht, so dass sie weitere Verbündete benötigen. Auch hierbei könnte die verfassungswidrige Nicht-Nominierung der 26 Abgeordneten das Zünglein an der Waage spielen. Außerdem müssen in vier Wahlbezirken Neuwahlen stattfinden, weil Führer des NC und der CPN-UML in jeweils zwei Wahlbezirken erfolgreich waren. Auch diesbezüglich haben die Politiker erst mehr als einen Monat nach Fristablauf erklärt, auf welches Mandat sie verzichten wollen, was wiederum eine unnötige Verzögerung der Nachwahlen bedeutet. Schließlich beinhaltet die Regierungsvereinbarung von NC und CPN-UML auch die Zusage, dass der NC den Kandidaten der CPN-UML bei der Wahl des VV-Vorsitzenden unterstützen will. Dies bedeutet, dass die dritte große Partei, die UCPN-M, von allen führenden Ämtern ausgeschlossen wird. Auch dies scheint zum Kalkül des NC zu gehören.

Das Parlament wählte schließlich am 10. September den Vorsitzenden des NC, Sushil Koirala, zum neuen Premierminister. Damit endete die fast elf Monate dauernde verfassungswidrige Lösung mit Khil Raj Regmi, dem Vorsitzenden Richter des Obersten Gerichtshofs als Chef der Exekutive. Koirala erhielt 405 von 553 Stimmen; 148 Abgeordnete von 20 Parteien stimmten gegen ihn. Neben den beiden zukünftigen Regierungsparteien stimmten auch Abgeordnete von RPP, CPN-ML, Nepal Majdur Kisan Party, Rastriya Janamorcha, CPN-United, Nepal Pariwar Dal und Samajvadi Janata Party für Koirala.

Koirala versprach nach seiner Wahl nicht nur eine neue Verfassung innerhalb eines Jahres, sondern auch die Durchführung von lokalen Wahlen innerhalb von sechs Monaten. Es finden sich jedoch keinerlei Aussagen, wie die beiden Regierungsparteien zu den großen Themen der neuen Verfassung stehen, wie beispielsweise zur Gestaltung des föderalen Staates.

Es ist die Rede von einem Kabinett, das 26 Minister umfassen soll. Jede der beiden Regierungsparteien soll 13 Ministerien erhalten. Sollten sich noch andere Parteien zu einer Beteiligung an der Regierung entscheiden, würde sich diese Zahl auf bis zu 9 Ministerien reduzieren. Bam Dev Gautam, der entscheidend zur Wahl K.P. Odis als Fraktionsvorsitzender der CPN-UML

beitrug, soll Stellvertretender Premierminister und Innenminister werden.

Inzwischen sind fast drei Monate seit der Wahl der zweiten VV verstrichen. Laut Verfassung hätte die 601 Mitglieder umfassende VV spätestens drei Wochen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses zusammentreten müssen. Die Wahlsieger sprechen seit Wochen davon, die neue Verfassung werde innerhalb eines Jahres verabschiedet. Dabei haben sich seit der Auflösung der ersten VV alle großen Parteien weder intern noch untereinander über die wesentlichen und vor zwei Jahren so heiß umstrittenen Grundlagen der neuen Verfassung abgestimmt. Ja, man streitet sogar allen Ernstes darüber, in welcher Form die Arbeit der ersten VV überhaupt berücksichtigt werden soll. Zwar heißt es jetzt in der Regierungsvereinbarung von NC und CPN-UML, dass auf den Vereinbarungen der ersten VV aufgebaut werden soll. Da diese aber eher Formalitäten als Inhalte betrafen, ist beispielsweise fraglich, ob auch auf den inhaltlichen Vorschlägen der Komitees der ersten VV aufgebaut werden soll oder ob man diesbezüglich wieder am Punkt Null anfängt. Diese Vorschläge müssten dann eigentlich nur noch von den Abgeordneten der zweiten VV diskutiert und verabschiedet werden, was die Parteiführer in der ersten VV verhindert hatten. Nur dann könnte der erklärte Zeitplan eingehalten werden.

Kontakt: info@nepalobserver.de

- 1 = Unified Communist Party of Nepal – Maoist. Ich behalte hier den heutigen Namen der Partei bei, um Verwirrungen auszuschließen. Damals hieß die Partei noch einfach CPN-M. Das Unified wurde Anfang 2009 dem Namen vorangesetzt, nachdem man sich mit ein paar kleineren kommunistischen Splittergruppen zusammengeschlossen hatte. Kurze Zeit später spaltete sich im Tarai eine Gruppe um Matrika Prasad Yadav ab, die sich CPN(M) nannte. Schließlich kam es im Juni 2012 zur Abspaltung des radikalen Flügels der UCPN-M um Mohan Baidya. Diese Partei gab sich wieder den ursprünglichen Namen CPN-M.
- 2 Die CPN (Unified Marxist-Leninist) wurde am 6.1.1991 durch den Zusammenschluss von CPN (Marxist) und CPN (Marxist-Leninist) gegründet.